



economiesuisse



Die aufgeblasene Verwaltung ist kein Mythos

Verlässliche Zahlen über die Entwicklung der staatlichen Verwaltung und ihrer Saläre gibt es in der Schweiz kaum. economiesuisse hat deshalb acht Indikatoren untersucht, die gemeinsam Licht ins Dunkel bringen können. Die Ergebnisse sind wenig erfreulich.

Sie sind immer wieder zu hören: Vorwürfe, der Staat wachse zu schnell, blähe seinen Verwaltungsapparat unnötig auf und bezahle zu hohe Löhne. Verlässliche Zahlen, die einen neutralen Vergleich ermöglichen würden, stellt der Bund aber nicht zur Verfügung. Die vorhandenen Statistiken weisen zudem Strukturbrüche auf, weil die Erhebungsmethoden mehrfach geändert wurden. Diese fehlende Transparenz ist aus Sicht der Wirtschaft stossend. Im neusten Dossierpolitik versucht economiesuisse der Problematik gerecht zu werden, indem acht unterschiedliche Indikatoren untersucht werden, die Teilaspekte beleuchten und Quervergleiche mit der Privatwirtschaft oder ausländischen Verwaltungen ermöglichen.

Das Ergebnis ist eine Annäherung auf Basis von Indizien. Insgesamt ergibt sich aber eine klare Tendenz: So hat die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung in den letzten Jahren viel stärker zugenommen als in der Privatwirtschaft. Im Vergleich mit anderen Ländern schneidet die Schweiz schlecht ab. Doch nicht nur die Beschäftigung, auch die Löhne des Staatspersonal sind deutlich gestiegen. Von 2008 bis 2018 betrug der Zuwachs satte 13 Prozent auf durchschnittlich 122'000 Franken Bruttolohn. Auch der Vergleich zu privaten Unternehmen innerhalb derselben Branche zeigt, dass staatliche Anbieter heute deutlich höhere Löhne zahlen.

Starkes Wachstum, mässige Effizienz

Insgesamt kommt die Untersuchung zum Schluss, dass der öffentliche Sektor in der Schweiz im Vergleich zur Wirtschaft überproportional wächst, dass er nur mässig effizient ist und hohe Löhne zahlt. economiesuisse stört aber vor allem die mangelnde Transparenz. Denn der Bund, die Kantone und alle Verwaltungen finanzieren sich durch Steuergelder. Entsprechend haben die Steuerzahler ein Anrecht auf grösstmögliche Transparenz, damit sie sehen, wie und wo die Mittel eingesetzt werden.

[Zum dossierpolitik](#)